

Hälfte, das heißt auf 300 Thlr. vor der Hand ganz entsprechend sei. Ich glaube, daß wenn, wie in den Motiven gesagt und von dem Herrn Regierungskommissar bemerkt gemacht worden ist, dies vielleicht nur auf eine kurze Zeit hin helfen würde, und daß es dann vielleicht allerdings an der Zeit sein wird, nochmals eine Erhöhung eintreten zu lassen. Allein das scheint mir auch kein Unglück, denn eine Erhöhung der Einstandssumme würde durchaus nicht die Veränderung des ganzen Gesetzes zur Folge haben, und wenn dann die Einstandssumme noch einmal geändert werden müßte, so scheint mir dieses Risiko nicht erheblich. Ich glaube nämlich, daß wenn man sagt, daß jetzt die Verhältnisse der Gelegenheit, Geld zu verdienen, sich so verändert hätten, daß die kleine Einstandssumme nicht mehr wirksam sei, daß man dem entgegen kann, daß sich auf der andern Seite die Verhältnisse Derer, welche die Einstandssumme zahlen, nicht so sehr verändert haben, und ich erinnere hierbei nur an die zahlreiche Klasse aller Derjenigen, die einen bestimmten Gehalt haben. Deren Lage ist zum großen Theil keinesfalls so, daß sie im Stande sind, für ihren Sohn eine Einstandssumme von 400 Thalern zu zahlen; und es geht daraus hervor, daß dadurch sehr viele junge Leute genöthigt werden würden, von dem Berufe abzusehen, den sie sonst erwählen würden. Denn läugnen läßt es sich nun einmal nicht, daß es sehr viele Berufsarten giebt, die schwerlich mit der persönlichen Leistung der Militärpflicht zu vereinen sind. Wenn man auch zu Studien auf bestimmten Instituten den Eintritt in die Armee verschiebt, so ist dies zwar eine sehr anerkennenswerthe Berücksichtigung der Verhältnisse, allein es giebt sehr viele Geschäfte, die, auch wenn die Studien vollendet sind, nicht füglich gestatten, daß ein junger Mann noch sechs Jahre dient, indem er in Folge dessen seinen Beruf nicht ungestört verfolgen kann.

Präsident v. Schönfels: Ich habe zu erwarten, ob Jemand weiter das Wort wünscht.

v. Könnert: Ich würde mich mit dem Antrage des Herrn v. Heynik sehr gern einverstanden erklären, wenn es möglich wäre, bei Annahme dieses Antrags der Armee eine hinreichende Menge von Unteroffizieren zu sichern. Der Herr Kriegsminister hat uns in der Deputation bei unsern Berathungen auseinandergesetzt, daß es vorzüglich darauf ankomme, gute Unteroffiziere für die Armee als Einsteher zu gewinnen. Wäre eine hinreichende Anzahl dadurch anzuwerben, daß man eben nur 300 Thaler als Einstandssumme zahlt, so würde ich mich mit dem größten Vergnügen mit dem Antrage des Herrn v. Heynik einverstehen. Da dies aber nicht der Fall ist, so sehe ich mich genöthigt, mich gegen diesen Antrag auszusprechen.

Dr. Friederici: Ich muß es auch mit den gesetzlichen Vorschriften halten, ich kann aber namentlich der Befürchtung nicht Raum geben, die Herr v. Heynik ausgesprochen hat, insofern er wahrscheinlich nur glaubt, daß die Beam-

tensohne wahrscheinlich alle Soldaten werden müßten, weil die Väter nicht mehr das Einstandsgeld bezahlen könnten. Ich meine, der größte Zufluß zu unsrer Armee ist eigentlich von der Landbevölkerung zu erwarten. Die Bauernsohne sind die besten Recruten für die Reiterei, und die Bauernsohne sind auch in der Regel die kräftigsten. Wenn diese nun vielleicht auch dadurch, daß die Einstandssumme erhöht wird, vom Loskaufen vom Soldatendienste abgehen, so bekommen wir recht tüchtige Recruten, und wer nicht dienen will, nun, der mag 400 Thaler schaffen, und bedenken Sie, meine Herren, es dreht sich hier vorzüglich um die Unteroffiziere. So ein ausgedienter Soldat oder Unteroffizier bekommt 200 Thaler, damit kann er nichts anfangen, wenn er aber 400 Thaler bekommt, so bleibt er noch sechs Jahre, so kann er mit 800 Thaler anfangen, und da ist er doch immer noch nicht so alt, daß er nicht noch ein Hausvater werden und ein Etablissement anfangen könnte.

(Heiterkeit in der Kammer.)

Daher bleibe ich bei den 400 Thalern. Uebrigens ist der Preis der Lebensmittel so, daß mit 200 Thalern nichts gemacht werden kann. Mithin, wenn wir gute Soldaten haben wollen, müssen wir die Einsteher gut bezahlen, da bekommen wir gute Unteroffiziere und behalten sie.

Bürgermeister Koch: Obschon ich nicht so leicht wie mein geehrter Herr Vorredner über den Satz hinwegkommen kann: „Wer nicht dienen will, mag zahlen!“ so lange ich doch, wenn auch auf einem andern Wege zu demselben Resultate. Der Antrag des Herrn v. Heynik erkennt in Uebereinstimmung mit der Vorlage die Nothwendigkeit einer Erhöhung der Einstandssumme an. Ich bezeichne mit ihm diese Nothwendigkeit aus vollster Seele als eine sehr unangenehme, aber ich frage mich auch zugleich, ob mit seinem Vorschlage der Zweck der Stellvertretung überhaupt zu erreichen ist? Und da meine ich denn, daß die jetzigen Verhältnisse es mit ziemlicher Gewisheit, ja für mich mit der vollsten Bestimmtheit, an die Hand geben, daß dieser Zweck mit einem Einstandssumme von 300 Thalern nicht erreicht werden kann, sondern, daß vielmehr damit die Stellvertretung künftig überhaupt unmöglich wird. Wollte man hiergegen einhalten, daß durch die Erhöhung auf 400 Thaler die Stellvertretung ein Privilegium der Wohlhabenden werde, so ist dies in dieser speciellen Beziehung nicht wahr, vielmehr müßte dies gegen das ganze System der Stellvertretung eingewendet werden. Auch die zeitherige Einstandssumme von 200 Thalern repräsentirte bereits ein Capital, welches in der Möglichkeit, sie zu gewähren, gewisse Grenzen vorzeichnete. Für mich ist daher lediglich die Beantwortung der Frage bei der Entscheidung des vorliegenden Zweifels maßgebend: „Ist es möglich mit einer Einstandssumme von nur 300 Thalern der Armee die nothwendigen Stellvertreter zuzuführen?“ und diese Frage beantwortete ich mit Nein. Denn glauben